

Grenzen ziehen!

Werner Rätz, 16.10.2009

Die Einschätzung des sogenannten „liberalen Bürgergeldes“ stellt keinerlei Problem dar und wir haben das in unserem attac Basistext „Grundeinkommen: Bedingungslos“ auch schon unmittelbar nach Veröffentlichung des FDP-Konzepts 2005 entsprechend bewertet: Waren die Sozialreformen der letzten Jahre jeweils harte Einschnitte in die entsprechenden Sicherungssysteme, so will die FDP ein komplettes Schleifen jeglicher Sozialstaatlichkeit, einen Generalangriff auf die soziale Sicherheit „aus einem Guss“, wie sie das selbst nennt.

Das „liberale Bürgergeld“ soll

- Leistungen pauschalisieren und damit absenken und unspezifisch machen (Lebensunterhalt, Unterkunft und Heizung, Beiträge für Kranken- und Pflegeversicherung, Ausgleich bei Nichterwerbsfähigkeit und/oder Schwangerschaft, Mehrbedarf bei Ausbildung und bei speziellen, häufig vorkommenden Behinderungen und Erkrankungen wie Blindengeld),
- die Arbeitgeberbeiträge für die Krankenversicherung direkt auszahlen und lohnsteuerpflichtig machen, um „die Lohnzusatzkosten...von der Beitragsentwicklung im Gesundheitswesen abkoppeln“; damit kann die lange beschriebene und nie eingetretene „Kostenexplosion im Gesundheitswesen“ endlich ohne Zusatzkosten für die Arbeitgeber stattfinden,
- die Krankenversicherung auf eine Minimalleistung reduzieren und damit das Gesundheitsrisiko privatisieren,
- die Pflegeversicherung auf Kapitaldeckung umstellen und komplett privatisieren,
- die Allgemeinverbindlichkeit von Tarifverträgen abschaffen und (Tarif)Löhne senken,
- den Kündigungsschutz aufheben und die Arbeitsmärkte flexibilisieren,
- den Spitzensteuersatz senken und die Gewerbesteuer abschaffen.

Bedürftigkeitsprüfung und Überprüfung der Arbeitswilligkeit mit dem entsprechenden Sanktionssystem bleiben erhalten, sollen in der Anwendung sogar verschärft werden. Zwar soll es möglich sein, von niedrigen Erwerbseinkommen einen größeren Teil als

bisher zu behalten, aber der Zweck dieser Regelung wird ebenfalls klar ausgesprochen: „Das Bürgergeld setzt das Leistungsprinzip auch im Niedriglohnbereich wieder in Kraft.“ Das soll heißen, dass die Zahlung so niedrig ist, dass man davon nur leben kann, wenn man zusätzlich Erwerbseinkommen hat. Bisher gibt es diese Zuverdienstarbeitsplätze aber gar nicht, sie müssen erst entstehen, indem bisher tarifliche bezahlte Tätigkeiten entsprechend abgewertet werden. Damit ist das Bürgergeld ein flächendeckendes Kombilohnkonzept, in dem der Steuerzahler einen wesentlichen Teil der Erwerbseinkommen zahlt und nicht mehr der Arbeitgeber. Konsequenterweise lehnt die FDP also auch Mindestlöhne ab.

Wer das entsprechende Papier der FDP liest, kann keinerlei Illusionen darüber haben, was das „liberale Bürgergeld“ wirklich erreichen soll. Mir scheint allerdings, dass so manche, die sich zumindest punktuell positiv geäußert haben, den Text nicht oder unvollständig gelesen haben – im besten Fall. Im schlechteren gibt es mehr oder weniger weitgehende Zustimmung zur Richtung der Liberalen.

Und da zeigt sich, wo es tatsächlich ein Problem gibt: Ein tatsächliches Problem ist die Tatsache, dass es auch bei denen, die sich für Befürworterinnen und Befürworter eines bedingungslosen Grundeinkommens halten, eine neoliberale Strömung gibt. Das Netzwerk Grundeinkommen hat zwar mit den vier Kriterien versucht, hier eine Barriere einzuziehen, die Mindestanforderungen definieren soll, aber in dem Augenblick, wo die Diskussion um tagespolitische Vorschläge geht, erweisen sich diese Versuche als unzureichend. Es geht nicht um formale Definitionen, sondern um politische Widersprüche. Da wollen welche etwas Anderes, als wir das wollen. Da geht es um klare Trennungen.

Die FDP nimmt genau das Konzept wieder auf, das Milton Friedman schon 1962 vorgeschlagen hatte. Er wollte den Menschen eine Summe unterhalb des Existenzminimums (er schlug 25% vor) zur Verfügung stellen, ansonsten jegliche staatliche Unterstützung abschaffen und die Menschen allein dem Markt überlassen. Überleben wäre nur mit Erwerbsarbeit möglich und die muss nicht sehr hoch bezahlt werden, da ein Teil ja vom Steuerzahler kommt. Exakt das ist das „liberale Bürgergeld“. Die pauschalierten 662 Euro der FDP liegen bei Wegfall fast aller

anderen Leistungen und der Arbeitgeberbeiträge sowie zusätzlicher privater Zahlung für die Sozialversicherungen weit unterhalb des Existenzminimums.

Wer das schönredet, von dem muss man sich trennen. Die Grenze, über die hier diskutiert wird, verläuft nicht zwischen Befürwortern und Gegnerinnen eines formal gesehen bedingungslosen Grundeinkommens, sie verläuft zwischen denen, die für mehr, und denen, die für weniger soziale Sicherheit eintreten. Wir sollten sie in aller Schärfe ziehen.

Werner Rätz, attac AG genug für alle, ist Mitbegründer von attac Deutschland, Mitglied im attac-Rat und in der Schwerpunktgruppe Krisen, Autor, Referent und Aktivist zum bge.